

Klaus F. Zimmermann: "Ein sommerlicher PR-Gag"

Der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Klaus F. Zimmermann spricht im GA-Interview über Zuwanderung, höhere Löhne, Arbeitslosigkeit und Hartz IV.

Bonn. Mit dem Wirtschaftswissenschaftler Klaus F. Zimmermann, Direktor des Bonners Instituts zur Zukunft der Arbeit und Leiter der Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, sprachen Ulrich Lüke und Kai Pfundt.

General-Anzeiger: Die Exporte brummen, die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Die deutsche Wirtschaft ist erstaunlich stark aus der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Oder täuscht der Eindruck?

Klaus Zimmermann: Es ist richtig: Ein großer Teil der Unternehmen steht bereits wieder da, wo sie vor der Krise standen. Das hätten viele noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten. Schon bemerkenswert, dass wir jetzt bereits wieder über einen Fachkäftemangel reden. Allerdings nicht überraschend. Denn die Exportbranchen, um die es geht, haben ja bereits vor der Krise über zu wenig qualifiziertes Personal geklagt.

GA: Was ist in Deutschland besser gelaufen als in Frankreich oder den USA?

Zimmermann: Die Krise ist nicht bei uns entstanden, sondern in den USA durch eine Luftblase im Immobilienmarkt und die Auswirkungen auf die Banken, die andere Bereiche der Wirtschaft infizierten. Dadurch wurde der Inlandskonsum massiv nach unten gedrückt. Übrigens: Dass die Deutschen den Aktien nicht so recht trauen, hat sich in diesem Fall als Glück erwiesen. Die fallenden Kurse sind hierzulande längst nicht so stark auf die Konsumlust durchgeschlagen.

GA: Also war Glück dabei, oder zumindest glückliche Umstände?

Zimmermann: Eher günstige Rahmenbedingungen. Zum geringen Aktienvermögen kommen der stabile Immobilienmarkt in Deutschland und die breiter aufgestellten Banken. Die Krise hat die deutschen Banken längst nicht so in Mitleidenschaft gezogen wie die Banken in Großbritannien oder den USA.

GA: Die Bundeskanzlerin hätte an dieser Stelle sicher gerne ein Lob für ihre politische Krisenbewältigung gehört...

Zimmermann: Das besondere Verdienst der Politik ist, durch die Kurzarbeiterregelung ein rapides Anschwellen der Arbeitslosigkeit verhindert zu haben - was allerdings nichts anderes war als eine Subvention für exportorientierte Branchen. Ansonsten hat die Bundesregierung zu zögerlich auf die Krise reagiert und das abgestimmte Handeln mit anderen Industrie-

staaten vernachlässigt. Und von den nötigen Reformen im Finanzsektor ist bislang nicht viel verwirklicht worden.

GA: Und die teuren Konjunkturprogramme?

Zimmermann: Die hat die Bundesregierung vor allem mitgemacht, um nicht weltweit am Pranger zu stehen. Jetzt müsste die Verschuldung rasch zurückgefahren werden, um die Gefahren, die durch ein zu hohes Staatsdefizit entstehen, zu vermeiden. Griechenland sollte uns eine Warnung sein.

GA: Deutschland steht wegen seiner Exportüberschüsse, wegen seiner Wettbewerbsstärke international in der Kritik. Zurecht?

Zimmermann: Es ist naiv zu glauben, dass, wenn Deutschland schlechter dasteht, es dem eigenen Land besser geht. Die betreffenden Staaten müssten sich eher Gedanken machen, wie sie selbst ihre Wettbewerbsposition verbessern können. Außerdem: Wie soll das eigentlich gehen, eine Exportwirtschaft in eine Konsumwirtschaft umzuwandeln? Wir müssen das machen, was wir können: Weltweit unsere Produkte erfolgreich anbieten. Von der Stabilität Deutschlands haben in der Krise schließlich auch seine Wirtschaftspartner profitiert.

GA: Die Gewerkschaften haben ein Ende der Lohnzurückhaltung angekündigt. Ein Argument: Höhere Einkommen kurbeln den Konsum an...

Zimmermann: Natürlich ist es schön, wenn alle viel Geld verdienen. Aber dafür muss die Basis stimmen, also das Wachstum. In welchen Branchen das gegeben ist, können Arbeitgeber und Gewerkschaften am besten entscheiden. Eine Grundlage für flächen-deckende Lohnsteigerungen sehe ich noch nicht.

GA: Was halten Sie vom Vorschlag, qualifizierten Zuwanderern eine Art Begrüßungsgeld zu zahlen?

Zimmermann: Ein sommerlicher PR-Gag. Schon jetzt kommen Fachkräfte nur dann nach Deutschland, wenn ihr Arbeitgeber erhebliche Lohnaufschläge zahlt. Deutschland hat keinen Ruf als Zuwanderungsland, und hat sich zum Beispiel Richtung Osteuropa regelrecht abgeschottet. Nicht-europäische Spezialisten gehen eher nach San Francisco oder London. Deutschland muss also viel mehr unternehmen als ein Begrüßungsgeld zu zahlen, um die weltweit umworbenen Fachkräfte zu bekommen.

GA: Die Zuwanderungsdiskussion zeigt, dass das Thema Arbeitslosigkeit keine große Rolle mehr spielt. Rechnen Sie mit einem weiteren Rückgang?

Zimmermann: Im Moment verlieren wir durch den demografischen Wandel alle vier Jahre eine Million Menschen im arbeitsfähigen Alter. Dazu kommt, dass es keine nennenswerte Zuwanderung mehr gibt. Wenn es gelingt, die Altersarbeitslosigkeit weiter zu senken, werden die Arbeitslosenzahlen tatsächlich niedrig bleiben. Diese Prognose kann man wagen.

GA: Manch einer spricht sogar von Vollbeschäftigung...

Zimmermann: Vollbeschäftigung mit Arbeitslosigkeit null wird ein Ausnahmephänomen der Wirtschaftswunderzeit bleiben. Heute sprechen wir von Vollbeschäftigung bei einer Arbeitslosenquote von vier Prozentpunkten, also etwa zwei Millionen Arbeitslosen. Da sind wir auf einem guten Weg.

GA: Wer sind die zwei Millionen, die keine Arbeit finden?

Zimmermann: Heute ist es so, dass die Hälfte der Langzeitarbeitslosen keine Berufsausbildung hat. Die Zahl der Stellen für Beschäftigte mit geringer Qualifikation wird nicht steigen. Menschen ohne oder mit nur geringer Ausbildung werden auch in Zukunft große Probleme haben, einen Job zu finden.

GA: Heißt das: Diese Gesellschaft muss sich damit abfinden, dass es eine wachsende Gruppe Geringqualifizierter und deshalb Arbeitsloser gibt?

Zimmermann: Diese Gruppe wächst, das ist richtig. Zum Beispiel deshalb, weil Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation schlechtere Chancen haben als einheimische Bewerber.

GA: Deshalb sprechen Sie sich für anonymisierte Bewerbungsverfahren aus?

Zimmermann: Ja, weil ich glaube, dass sich viele deutsche Unternehmen immer noch nicht der Potenziale bewusst sind, die in Menschen mit Migrationshintergrund stecken. In einer globalisierten Welt ist ethnisches Kapital etwas, was für den Unternehmenserfolg nützlich gemacht werden kann.

GA: Zurück zu den Geringqualifizierten und Schlechtbezahlten. Keine Chance auf Abhilfe?

Zimmermann: Für eine gewisse Zeit nicht. Sie dürfen nicht vergessen: Die gering bezahlten Arbeiten, die da kritisiert werden, werden von den Menschen ja gewollt, in Anspruch genommen.

GA: Besser das als gar nichts?

Zimmermann: Ja, das ist so ähnlich wie die Zeitarbeit. Auch die wurde kritisiert, aber letztlich als Notnagel akzeptiert, um Menschen überhaupt in Beschäftigung zu bringen.

GA: Und wenn wir verstärkt Arbeitskräftemangel haben?

Zimmermann: Dann wird ein Teil dieser "Notnagel-Jobs" entfallen, aber nur ein Teil. Es wird immer Menschen geben, die nicht in der Lage sind, sich hinreichend zu qualifizieren.

GA: Muss man nicht wenigsten für gering Qualifizierte eine Lohn-Untergrenze einziehen? Ab wann ist ein Lohn unanständig?

Zimmermann: Die Untergrenze gibt es längst. Der Langzeitarbeitlose in Deutschland mit Familie hat über Hartz IV faktisch einen Stundenlohn von zehn Euro oder etwas mehr. Jemand der einen Job annimmt, der schlechter bezahlt ist, tut das freiwillig. Die Frage ist: Wie kann der Staat es rechtfertigen, diesen Menschen eine solche Arbeit zu verbieten? Viele Menschen, die hier in Deutschland - anders als in Großbritannien etwa - Mindestlöhne beziehen oder beziehen würden, kommen oder kämen aus Haushalten, die gar nicht arm sind, bringen also Zweitverdiener, Ehefrauen, Studenten oder Rentnern Vorteile. Die Gruppe, die aus armen Verhältnissen kommt, gering verdient und ausschließlich von diesem Lohn lebt, ist tatsächlich ziemlich klein.

GA: Also gäbe es keinen positiven Effekt durch Mindestlöhne?

Zimmermann: Wenn, dann einen geringen. Die Schäden sind jedenfalls größer als der Nutzen. Denn irgendjemand muss dafür bezahlen. Es würde zu einem Abbau dieser Jobs kommen, die Preise, gerade im Konsumsektor, würden steigen.

GA: Das heißt: Den Unterschied zwischen einem Hartz-IV-"Lohn" von 10 Euro und einem Mindestlohn von 7,50 muss die Gesellschaft aushalten?

Zimmermann: Ja, ein Mindestlohn von zehn Euro ist undenkbar.

GA: Aber das ist doch ungerecht...

Zimmermann: Was heißt hier ungerecht? Auf die Frage nach dem gerechten Lohn gibt es kaum befriedigende Antworten. Außerdem beobachten wir ganz andere Entwicklungen: In Amerika gehen Arbeitslose mittlerweile in Firmen und bieten sich gratis an, nur um Kontakt zum Arbeitsmarkt zu halten.

GA: Gibt es hier auch. Stichwort Praktikum.

Zimmermann: Ja, aber das ist ja kein Dauerzustand, das ist hier wie dort offensichtlich eine Möglichkeit, sich zu qualifizieren. Wenn die Menschen das wollen, darf der Staat das nicht verbieten.

GA: Drehen wir es einmal rum. Sollen die, die Sozialleistungen bekommen, dafür arbeiten?

Zimmermann: Ja, das diskutieren wir unter dem Stichwort "workfare". Aber den Mut, das vorzuschreiben, hatte die Politik bisher nicht. Das würde übrigens nach allen Erfahrungen auf der Welt zu erheblich weniger Arbeitslosigkeit führen. Da würde es Menschen geben, die entweder sagen: Unter den Bedingungen will ich keine Sozialhilfe. Oder andererseits: Dann such ich mir gleich etwas Richtiges. Was oft vergessen wird: Bei Sozialleistungen geht es um Geld, das vielfach von Menschen mit geringem Einkommen aufgebracht wird.

GA: Apropos Hartz IV. Halten Sie die aktuelle Erhöhungsdebatte für sinnvoll, für begründet?

Zimmermann: Ich hab erst mal gezuckt, denn das Verfassungsgerichtsurteil zu den Kinderleistungen gibt das nicht her. Die Richter wollten nur transparentere, klarere Regelungen. So leid es mir tut: Ich sehe keinen Anlass für eine Erhöhung.

GA: Gutscheine für Familien?

Zimmermann: Ja, das ist sehr überlegenswert, Bildungsleistungen, etwa für Kindergartenplätze, stärker über Gutscheine zu zahlen, damit das Geld dort ankommt, wo es hingehört.

GA: Besteht die grundsätzliche Gefahr, jetzt, da die Krise vorbei zu sein scheint, dass der Staat sagt: Krise gemeistert, Rezepte vergessen, zurück in die alten Muster?

Zimmermann: Wir haben die Gründe für die Krise gut aufbereitet, aber es kann passieren, dass wir aus der Krise herauskommen und beides tun, was wir falsch machen können: Einerseits etwa Finanzmarktregulierungen unterlassen oder erfolgreiche Maßnahmen im Vorfeld der Krise wie etwa die Hartz-IV-Reformen wieder aufweichen. Geschieht beides, müssen wir uns in fünf Jahren nicht wundern, dass die nächste Krise kommt.

GA: Ganz andere Frage zum Schluss: Braucht es 20 Jahre nach der Einheit noch den Solidaritätszuschlag?

Zimmermann: Das ist wie mit allen ursprünglich begrenzten schlechten Maßnahmen: Wenn sie Geld bringen, bleiben sie. Ich sehe also nicht, dass der Soli kurzfristig abgeschafft wird.

GA: Aber wäre es wünschenswert?

Zimmermann: Alle diese Maßnahmen, die irgendwann einmal sinnvoll waren, bräuchten ein Verfallsdatum.

GA: Sie sind also pessimistisch, dass er abgeschafft wird.

Zimmermann: Ja. Niemand fordert das zurzeit. Politik reagiert aber nur auf ein Übermaß an Druck und gesellschaftlichen Unfrieden. Vorausschauend passiert da wenig.